

Grüne Winterthur  
Herr Reto Diener  
Rychenbergstrasse 348  
8404 Winterthur

15. August 2018 SR.18.151-2

**Petition «Winti erneuerbar – Zeit zu handeln» – Stellungnahme des Stadtrats**

Sehr geehrter Herr Parteipräsident,  
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,  
sehr geehrte Unterzeichnende der Petition

Am 15. Februar 2018 haben die Grünen Winterthur Stadtrat Stefan Fritschi eine Petition mit 1389 Unterschriften übergeben. Darin wird gefordert, dass die Stadt Winterthur vermehrt in erneuerbare Energien investiert und speziell den Quartierwärmeverbund «Aquifer Neuwiesen» umsetzt. Der Stadtrat hat den Eingang der Petition am 28. Februar 2018 offiziell bestätigt.

Der Stadtrat stimmt mit der Petition überein, dass der Klimaschutz heute zielstrebig angegangen werden muss. Dies hat die Winterthurer Bevölkerung in verschiedenen umweltpolitischen Abstimmungsvorlagen zum Ausdruck gebracht und dies versteht der Stadtrat auch als Auftrag. Er hat daher in der Vergangenheit verschiedene Massnahmen, Vorlagen und Projekte geprüft, gestartet und umgesetzt, die direkt die Ziele der Winterthurer Umweltpolitik unterstützen. Quartierwärmeverbünde stellen dabei eine von vielen grösseren und kleineren Massnahmen und Projekten dar, die der Stadtrat auch zusammen mit dem Grossen Gemeinderat auf den Weg gebracht hat, wobei der Quartierwärmeverbund „Aquifer“ bekanntermassen als wirkungsvollste Massnahme des „Massnahmenplans Energiekonzept 2050“ vom August 2014 fungierte. Dies zeigt auch das Controlling zum Massnahmenplan vom 27.4.2018. Trotzdem sah sich der Stadtrat gezwungen, das entsprechende Projekt zum damaligen Zeitpunkt zurückzuziehen.

*Erläuterung des Verzichts auf den Quartierwärmeverbund «Aquifer Neuwiesen»*

Der Quartierwärmeverbund «Aquifer Neuwiesen» war ein Grossprojekt für die Stadt Winterthur, welches umfassend und mit der notwendigen Sorgfalt nach technischen, ökologischen, finanzpolitischen und finanzrechtlichen sowie wirtschaftlichen Aspekten zu prüfen galt.

Aufgrund dieser Neubeurteilung kam der Stadtrat im August 2017 namentlich aus folgenden Gründen zum Schluss, auf das Projekt «Aquifer Neuwiesen» in der damals vorliegenden Form zu verzichten:

- Veränderung der regulatorischer Faktoren  
(u.a. die ungewisse Einführung der MuKE 2014 im Kanton Zürich).
- Veränderung marktseitiger Faktoren  
(die anhaltenden tiefen Preise für fossile Brennstoffe lassen die Konkurrenzfähigkeit von Quartierwärmeverbänden generell gegenüber fossilen Heizsystemen drastisch sinken. Infolgedessen wäre es kaum möglich ausreichend Liegenschaften für einen Anschluss an den Wärmeverbund zu gewinnen, womit ein rentabler Betrieb des Wärmeverbunds nicht mehr möglich wäre).
- Fehlende Synergieeffekte mit den Arbeiten des Tiefbauamtes im Quartier Neuwiesen (die Verzögerungen durch die Geschehnisse rund um die Wärme Frauenfeld AG sowie die Stimmrechtsbeschwerde gegen den Energie-Contracting-Rahmenkredit verhinderten ein mit dem Tiefbauamt abgestimmtes Vorgehen im Quartier Neuwiesen, was höhere Baukosten zur Folge gehabt hätte).
- Kundenverluste durch den verzögerten Baustart (durch den verzögerten Baustart müssen verschiedene Grosskundinnen und -kunden bereits auf individuelle Lösungen zurückgreifen und sind damit für den Quartierwärmeverbund «Aquifer Neuwiesen» für Jahrzehnte verloren. Gerade der Wärmeabsatz dieser Grosskundinnen und -kunden ist in der Anfangsphase eines Wärmeverbundes für dessen Finanzierbarkeit entscheidend).

Die marktseitigen und regulatorischen Faktoren zeigen aktuell bei den bereits bestehenden Quartierwärmeverbänden ihre Wirkung. So schliessen die Winterthurerinnen und Winterthurer ihre Liegenschaften weniger an die bestehenden Quartierwärmeverbände an, seit die Preise für fossile Brennstoffe deutlich gesunken sind. Dies mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaftlichkeit dieser Wärmeverbände. Leider entscheiden sich potenzielle Hauseigentümerinnen und -eigentümer nur dann für einen Anschluss an einen ökologischen Wärmeverbund, wenn dieser kostenseitig mit alternativen fossilen Heizsystemen annähernd ebenbürtig ist.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren wäre für das Projekt «Aquifer Neuwiesen» nach fünfzig Jahren eine – mit grossen Unsicherheiten – behaftete Planrendite von zwei Prozent zu erwarten gewesen, was als absolut ungenügend zu beurteilen ist. Dies nicht aufgrund überhöhter Renditeerwartungen an das Projekt, sondern aus ordentlichen Risikoüberlegungen, zu welchen verantwortungsvolles Handeln bei solchen Projekten verpflichtet.

Das damals vorliegende Projekt «Aquifer Neuwiesen» benötigte eine überdurchschnittlich lange Realisierungszeit (Endausbau wäre für das Jahr 2066 geplant gewesen) sowie einen äusserst hohen Kapitaleinsatz von mehr als 60 Millionen Franken<sup>1</sup>. Daraus resultierten folgende Risiken:

- abnehmender Wärmeabsatz der angeschlossenen Liegenschaften infolge energetischer Sanierungen,
- Durchbruch alternativer und ökologischerer Heizsysteme,
- zunehmende Bau von Nullenergie- oder Aktivenergiehäusern,
- nicht absehbare, operative Schwierigkeiten bei der Umsetzung (technische Probleme beim Bau etc.),
- zusätzliche Investitionskosten durch Kostenbeteiligungen bei Strassensanierungen,
- regulatorische Veränderungen zu Ungunsten von Wärmeverbänden (auf bundes- und auf kantonaler Ebene).

Aufgrund der sehr geringen erwarteten Rendite von lediglich zwei Prozent über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert hätte der Eintritt auch nur eines dieser Risiken eine negativen Rendite und damit entsprechende finanzielle Konsequenzen für Winterthur zur Folge. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass finanzielle Verluste aus solchen innovativen, ökologischen und von den Stimmbürgerinnen und -bürgern durchaus gewollten Projekten seitens der Politik in der Folge nicht akzeptiert werden (siehe Projekte wie Biorender, Wärmering Frauenfeld, ocean breeze).

Im Weiteren bestehen kantonale Regelungen (Art. 27 Abs. 2 Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 26. September 1984; LS 133.1) bezüglich negativer Betriebsreserven, die langfristig ausgelegte Projekte mit derart hohen Anfangsinvestitionen grundsätzlich erschweren.

Der Stadtrat hat indes immer betont, dass er das Projekt «Aquifer Neuwiesen» aus besagten Gründen zurückziehe, aber weiterhin Quartierwärmeverbände als adäquates Mittel für die Wärmeversorgung der Stadt Winterthur betrachtet. Allerdings müssen die spezifischen Rahmenbedingungen eines Quartierwärmeverbandes (Lage, Anschlussdichte, Altersstruktur bestehender Heizungen) stimmen, die Anlage muss technisch realisierbar und finanziell tragbar sein. Die Erzielung einer möglichst hohen Rendite stand dabei nie zur Debatte, vielmehr gilt es nachhaltige Verluste zu vermeiden. In diesem Sinne prüft der Stadtrat aktuell alternative Finanzierungsmöglichkeiten, um Wärmeverbänden günstigere Rahmenbedingungen und konkurrenzfähigere Preise zu ermöglichen; erste Ergebnisse dazu liegen im Herbst 2018 vor.

---

<sup>1</sup> Dies entspricht den durchschnittlichen jährlichen Investitionen von Stadtwerk Winterthur für die gesamte Versorgung der Stadt Winterthur mit Elektrizität, Gas, Wasser und Fernwärme

*Anderweitige umwelt- und klimapolitische Massnahmen des Stadtrats*

Quartierwärmeverbände sind indes nicht das einzige zielführende Mittel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern. Der Stadtrat hat verschiedene Massnahmen ergriffen, die mit massiv geringeren Kosten und Risiken zu einer sofortigen Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses führen.

Beispielsweise die vom Stadtrat per 1. Januar 2018 mittels Tarifpolitik umgesetzte stärkere Ökologisierung der Gasprodukte von Stadtwerk Winterthur. Im Rahmen der Tarifierung wertete Stadtwerk Winterthur die qualitative Zusammensetzung der Gasprodukte massiv auf. Der Anteil Biogas und von CO<sub>2</sub>-kompensiertem Gas wurde in den bestehenden Produkten markant erhöht (ausser bei e-Gas.Grau). Dies führte beim aktuellen Gasverbrauch zu einer umgehenden Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses von jährlich rund 3000 Tonnen<sup>2</sup> – ohne irgendwelche Investitionen oder zusätzliche Kosten für die Winterthurer Bevölkerung.

Die Einsparung von jährlich 3000 Tonnen CO<sub>2</sub> würde der Quartierwärmeverbund «Aquifer Neuwiesen» voraussichtlich erst in den 2030er Jahren erreichen.

Das Förderprogramm Energie Winterthur bietet im Weiteren attraktive finanzielle Unterstützung für die energetische Sanierung von Gebäuden in Winterthur. Nachdem der Grosse Gemeinderat am 22. Januar 2018 die neue gesetzliche Grundlage dafür beschlossen hat, ist im neuen Förderreglement beispielsweise neu auch die Unterstützung des Baus von Ladestation für die Elektromobilität vorgesehen. Insgesamt konnten bisher durch das Förderprogramm nachhaltig 28 000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden; dafür wurden Fördermittel von knapp 4 Millionen Franken gesprochen.

Die Stadt Winterthur hat in den letzten Jahren mehr als 60 Millionen Franken in die Beteiligungsgesellschaften Swissspower Renewables AG und Aventron AG investiert, die diese Mittel in Europa und der Schweiz in Stromproduktionsanlagen für erneuerbare Energien investieren. Beispielsweise hat Aventron AG 2017 die grösste Fotovoltaikanlage der Schweiz in Onnens am Neuenburgersee übernommen und steigt damit zu einer der grössten Produzentin von Solarenergie in der Schweiz auf.

Insgesamt produzieren die beiden Gesellschaften Elektrizität aus erneuerbaren Energie von jährlich rund 1000 Gigawattstunden, was etwa dem doppelten Stromverbrauch Winterthurs pro Jahr entspricht. Damit ermöglichen die Beteiligungen Winterthur einen wesentlichen Beitrag an den Klimaschutz.

---

<sup>2</sup> CO<sub>2</sub>-kompensiertes Gas dient zwar in gleichem Masse dem Klimaschutz wie Biogas, wird jedoch in der städtischen Klimabilanz nicht berücksichtigt; dies im Gegensatz zum Biogasabsatz, welcher in die Klimabilanz Eingang findet.

Der Umweltbericht 2017 (vgl. Seite 23) zeigt denn auch auf, dass die Stadt Winterthur zum aktuellen Zeitpunkt unterhalb des angestrebten Absenkpfadefür Treibhausgasemissionen liegt – ein klares Indiz für die positive Wirkung der verschiedenen umweltpolitischen Massnahmen der Stadt Winterthur. Dennoch bleibt auch in Zukunft viel zu tun.

Deshalb wird der Stadtrat die umweltpolitischen Ziele der Stadt Winterthur weiterhin mit grossem Engagement verfolgen. Arbeiten wir gemeinsam weiter daran, die umweltpolitischen Ziele der Stadt Winterthur mit Massnahmen und Projekten zu erreichen, die auch den Erfordernissen anderer gesellschaftlicher Bedürfnisse Rechnung tragen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Wirtschaftlichkeit und Soziales) beitragen.

Mit freundlichen Grüssen  
Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:



M. Künzle

Der Stadtschreiber:



A. Simon